

Kommentare zu Zeitfragen

# **Die Stimme der Anderen**

**Frédéric Walthard**

Band II

# Inhaltsverzeichnis

<b>I.</b>	<b>Der letzte “Coup” des Altmeisters der Politik</b>	
	Zum Tod von François Mitterrand.....	1
	1	
<b>II.</b>	<b>Mitterrand der Erbe de Gaulles</b>	
	Rivale oder Vollender?.....	15
<b>III.</b>	<b>Die Gefahren der “Globalisierung”</b>	
	Nach Davoser Art.....	23
<b>IV.</b>	<b>Der Balkan</b>	
	Wie lange noch Spielball der Grossmächte?.....	2
<b>V.</b>	7	
<b>VI.</b>	<b>Wie sehr gefährdet Novartis den Standort Schweiz?</b>	
	Wirtschaftlich und Sozial.....	35
<b>VII.</b>	<b>Milizarmee - nötiger denn je</b>	
	Beste Abwehr gegen neue Gefahren.....	39
<b>VIII.</b>	<b>Nur eine Alibi - Uebung</b>	
	Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU.....	45
<b>IX.</b>	<b>Wird der EWR plötzlich wieder eine gute Lösung?</b>	
	Im Zusammenhang mit Maastricht II.....	5
	3	
<b>X.</b>	<b>Humanitäre Aktionen müssen geschützt werden</b>	
	Zum Tod von drei Schweizer-Rotkreuzhelfer.....	57
<b>XI.</b>	<b>Unsere Ja - und Nein - Sager : Wer ist wirklich was ?</b>	
	Antwort auf Frank A. Meyer im Sonntagsblick.....	
	61	
<b>XII.</b>	<b>EU-Beitritt: Dem Volk das erste und das letzte Wort</b>	
	Antwort auf Prof. René Rhinow.....	6
	5	

<b>XIII.</b>	<b>Wetterleuchten am EU - Himmel</b>	
<b>XIV.</b>	Misserfolge werden zunehmend sichtbar.....	69
<b>XV.</b>	<b>Muss denn die Schweiz so schlecht gemacht werden?</b>	
	Zum Nazi-Raubgold.....	77
<b>XVI.</b>	<b>Weg von der Strasse - mit oder ohne Brüssel</b>	
	Kostenwahrheit contra Alpenschutz.....	81
<b>XVII.</b>	<b>Der Glaube an die Schweiz</b>	
	In der Unabhängigkeit ist die Zukunft.....	8
	5	
<b>XVIII.</b>	<b>Die Welt braucht ein Friedenskorps</b>	
	Zum Schutz humanitärer Hilfe.....	9
<b>XIX.</b>	5	
	<b>Warum der EU beitreten? Wo sich die Gräben</b>	
<b>XX.</b>	zwischen Völkern und Regierungen vertiefen.....	99
	<b>Arbeitslosigkeit: Wer soll zahlen?</b>	
<b>XXI.</b>	Die Verursacher von Massenentlassungen.....	10
	3	
<b>XXII.</b>	<b>Strasse gegen Behörden</b>	
	Wer regiert noch in den westlichen Demokratien?.....	107
<b>XXIII.</b>	<b>Rückkehr von Zar Simeon II</b>	
	Chancen der Monarchie in Bulgarien?.....	113
<b>XXIV.</b>	<b>Bilaterale Abkommen mit der EU sofort vors Volk</b>	
	Nicht erst nach einer jahrelangen Probezeit.....	119
<b>XXV.</b>	<b>Die Schweiz hat noch lange nicht ausgespielt</b>	
	Neutralität nach wie vor nötig.....	125
	<b>Hat die Schweiz ihr Rückgrat verloren?</b>	

## **Vorwort**

1996 und die erste Hälfte 1997 brachten der Schweiz viel Unangenehmes:

Eine rasch anwachsende Fusions-Welle nicht nur bei den grossen, leider auch bei den mittleren und kleinen Betrieben. Dazu die massiv fortschreitende Abwanderung schweizerischer Unternehmen nach Billiglohn - Regionen. Die Folge davon: Tausende von Arbeitslosen und ein Heer vorzeitig pensionierter Frauen und Männer, die neben finanziellen Problemen, ratlos vor der Frage stehen, wie sie den Rest ihres Lebens sinnvoll gestalten sollen.

Das kümmert die Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Industrie herzlich wenig: Es geht ihnen bei dem, angeblich zugunsten einer besseren Konkurrenzfähigkeit massiven Abbau menschlicher Arbeitsplätze nicht ums Ueberleben im Interesse des Landes, sondern letztlich nur um die Beherrschung der Weltmärkte und in Milliarden wachsende Gewinne. Diese Illusion wird ihnen bald von den bestehenden und kommenden grossen Wirtschaftsmächten im Fernen Osten, mit China an der Spitze, genommen werden.

Auch der immer aggressiver dem Schweizervolk aufgeschwätzte Beitritt zur Europäischen Union wird die wirtschaftliche Stellung der Schweiz nicht verbessern, sondern nur bedenklich verschlechtern. Dazu Milliarden für die gemeinsame Kasse der EU kosten, wovon die Schweiz, als sogenannter Nettozahler, ohnehin nichts bekommt.

Irgendwie scheint den Entscheidungsträgern in der Schweiz das Mass für das, was für ein kleines Land richtig ist, verloren gegangen zu sein. Der Mut zur Kleinheit in allem und jedem, aber auch der Stolz darauf, der Wille gerade dank dieser Kleinheit und Bescheidenheit ein Land mit noch einigermaßen gesunden rechtlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen,

insbesondere menschenwürdigen Lebensbedingungen für die Kleinen und Schwachen zu bleiben, ist bei der regierenden Klasse praktisch vollständig verschwunden. Genau gleich, wie der Mut fehlt, den Anfeindungen aus dem Ausland für das Verhalten im letzten Weltkrieg zu widerstehen. Niemand will mehr daran denken, dass wir damals ein Viermillionen - Volk waren, das verhältnismässig viel mehr für die Flüchtlinge getan hat als alle anderen grossen Völker zusammen.

Anstatt in Vergangenheitsbewältigung zu machen geht es nun darum, die Zukunft vorzubereiten. Den einzelnen Menschen wieder aufzuwerten, ihn vom rein materiellen Denken zu heilen. Geistig auf eine Zukunft der Verantwortung für sich und seine Gesellschaft vorzubereiten, zu mehr Selbständigkeit in seinem Denken und Handeln erziehen und ihm wieder den Glauben an Ideale, wie Solidarität und humanitäre Hilfe für notleidende Menschen auf der ganzen Welt, zu geben. Die Schweiz als eine unabhängige Insel der Zuflucht zu erhalten für die Menschen, die dringend und ehrlich eine neue Heimat suchen; die nicht nur zum Geschäftemachen und irgendwelchen unlauteren politischen Machenschaften zu uns kommen wollen. Das alles werden wir nur tun können, wenn wir uns von der Mediatisierung unserer Gesellschaft und die Tyranie einiger weniger mächtiger Meinungsträger und Meinunmacher befreien.

Viele denken das gleiche, aber wenige wagen, es auszusprechen. Deshalb war es auch 1996/97 notwendig, ihre Meinung, eben die Stimme der Anderen, zum Wort kommen zu lassen.

## **Der letzte “ Coup“ des Altmeisters der Politik**

### **Zum Tod von François Mitterand**

Nachdem sich der dicke “Wehrauchdunst” um die Begräbnisfeiern des französischen Staatspräsidenten François Mitterand gelichtet hat, tritt aus all dem, was gesagt, geschrieben und gezeigt wurde, etwas ganz klar zu Tage - der Abgang kam gerade zum richtigen Zeitpunkt, am richtigen Ort und in einer äusserst würdigen, dem Stolz der „Grande Nation“ entsprechenden Art. So wie es früher beim Abgang der französischen Monarchen üblich war.

Kein Wunder, dass viele Beobachter laut und offen verkündeten, der Altmeister der Polit-Strategie habe seinen Abgang so orchestriert und mit seinen Gefolgsleuten, insbesondere dem Superwerbe-Spezialisten Jack Lang so sehr ins kleinste Detail (bis zur Art und Farbe der Blumen - blaue und gelbe Iris, die Königsblume, rote Tee-Rosen) vorbereitet, dass der Erfolg einer von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt über das ganz Land und auch weltweit aufwallenden Verehrung nicht ausbleiben konnte.

Etwas noch nie Dagewesenes, das dank dem vollen und sklavisch treuen Mitmachen der drei grossen französischen Fernsehketten, zu einem Millionen von Menschen erfassenden Ereignis wurde. So meisterhaft orchestriert durch die Verantwortlichen des Fernsehens, die Mitterand selber im Laufe seiner 14 jährigen Herrschaft ausgesucht und an die entscheidenden Posten gesetzt hatte, dass sich im ganzen Lande das Gefühl eines grossen Verlusts und einer tiefen Trauer ausbreitete. Es brauchte viel Mut, um in diesen Tagen Worte der Kritik oder sonst irgendwelche Vorwürfe zu äussern. Sogar der zwar mehr nominelle Erzfeind Mitterands, der jetzige Staatspräsident

Jacques Chirac, und mit ihm viele andere Gaullisten, schienen von einer ehrlich empfundenen Trauer erfasst zu sein. Als ob man den Vater der Nation verloren habe, der Mann, dem es gelungen sein soll, die einander seit Jahren auf das bitterste bekämpfenden Franzosen zu versöhnen...

So wenigstens tönte es in der riesig aufgemachten „Trauer-Kampagne“ Jack Langs mit übergrossen Bildern des Verstorbenen, wie zu Zeiten Stalins oder Maos, Spruchbändern, Massenversammlungen mit ergreifender Musik, viel Trauergesang, Erinnerungsbücher die zu Hunderten für die Unterschrift der Trauernden aufgelegt wurden. Vor allem hufenweise rote Rosen, die Blume Mitterands, und tausende von Kerzenlichtern, mit denen überall die Plätze und die Strassen der Städte und Dörfer garniert wurden.

Eine Stimmung noch viel ergreifender und umfassender als bei der Wahl Chiracs zum Nachfolger Mitterands. Als ob die Franzosen die schwierigen Zeiten, die rücksichtslosen sozialen Kämpfe und den pickelhart durchgezogenen Streik der letzten Wochen vergessen oder sich die Augen vor dem verbinden wollten, was in dem nunmehr angebrochenen Jahr auf sie zukommt. Wie immer dem sei, eines ist sicher: Die Sozialisten haben durch den Tod Mitterands neuen Auftrieb erhalten; neue Kräfte gefunden, um das Ruder im Lande wieder an sich zu reissen. Und sie geben sich gerne der Illusion hin, dass sie jetzt den Gaullisten eine ebenso so grosse Figur, wie de Gaulle, entgegensustellen haben. Sagte nicht Mitterand selber in seinen Gesprächen über den Tod, dass dieser ein Bresche im Nichts sei, aus der Neues entstehen könne. Historiker und Philosophen werden nun Jahre lang darüber diskutieren und schreiben können, ob er damit Frankreich in Europa, die Aussöhnung der Franzosen unter sich oder das Entstehen einer neuen politischen Ordnung usw. usf. meinte.

Jedenfalls für die Sozialisten ist sicher, dass er damit ihren Wiederaufstieg und den Sieg bei den Legislaturwahlen in zwei Jahren meinte. Seit man weiss, dass er selber den Zeitpunkt seines Abgangs durch den Entscheid der Einstellung jeglicher medizinischer Ueberlebenshilfe wählte, muss auch der unvoreingenommene Beobachter zugeben, dass er damit für die Sozialisten, nach der Schwächung der Regierung Juppé und dem Erfolg des Wochen dauernden Streiks, einen sehr günstigen Zeitpunkt wählte.

Zufall, Fügung oder kalte, zynische aber auch ausserordentlich mutige und cartesianisch vorauskalkulierte Planung? Das letztere ist durchaus plausibel für jemand, für den das Bild, das er in der Geschichte hinterlässt, stets von entscheidender Bedeutung war: Gepaart mit einer irgendwie doch messianisch empfundenen Mystik über die Rolle, die zu spielen er sich berufen fühlte. Ob er damit wirklich den Sozialisten zu neuer Macht verhelfen wollte, oder ob ihm an der Auslösung neuer, in die Zukunft weisender Kräfte in Frankreich und Europa oder ganz einfach nur daran lag, mit einem letzten „Coup“ seinem lebenslangen Rivalen de Gaulle ebenbürtig zu werden oder ihn gar zu überbieten, ist eines der vielen für sein Wesen so typischen Enigmen.

Original Text von 16.Jan 96, publiziert bz 26.Jan. 96



## II.

### **Mitterand der Erbe de Gaulles**

#### **Rivale oder Vollender**

Seit Beginn seiner politischen Karriere bekämpfte Mitterand de Gaulle. Als Folge einer kuriosen dialektischen Umkehr-wirkung hat der Antigaullismus Mitterands zu einer besse-ren Verankerung und weiteren Entwicklung der Reformen de Gaulles, insbesonde-re der neuen Verfassungsordnung der Fünften Republik, geführt. Man ist fast versucht mit Mephistopheles in Goethes Faust zu sagen „ich bin der Geist, der stets das Böse will und doch das Gute schafft“, damit auch anzuerkennen, dass Mitterand, viel-leicht noch mehr als de Gaulle, das heutige Frankreich - im guten wie im schlechten - geprägt hat. Also nicht zu Unrecht als sein Erbe betrachtet werden darf.

#### **Tiefsitzende Rivalität**

Die Rivalität zu de Gaulle begann bereits 1942 bei Pétain in Vichy und anschliessend bei der Résistance in Frankreich. Später wäh-rend einer blendenden politischen Karriere mit elf Ministerämtern unter der Vierten Republik. 1965 als Gegenkandidat zu de Gaulle für das Amt des französischen Staatspräsidenten; 1971 als Begründer der neuen sozialistischen Partei Frankreichs, heraus-gewachsen aus der „Demokratischen und sozialistischen Union der Résis-tance“, deren Präsident Mitterand seit 1952 war. Seit der Machtübernahme 1981 für zwei Amtsperioden von je sie-ben Jahren als Staatspräsident hat Mitterand nichts unversucht gelassen, um sich vor der Geschichte nicht nur als ebenbürtig zu de Gaulle zu erweisen, sondern ihn sogar zu überflügeln.

#### **Vollblut-Politiker**

Als gewiegter Politiker, schreckte Mitterand zum Erreichen seiner Ziele vor nichts zurück: Wie das 1962 von ihm gegen sich selber

organisierte, fiktive Attentat, um auf dem Wege des Mitleids eine bessere Wählergunst zu bewirken. Ein Mittel, das er auch später mit dem bei jeder publizistisch günstigen Situation gemachten Hinweis auf seinen Prostata-Krebs (besonders während der Maastricht - Abstimmung) und besonders am Ende seiner Amtszeit meisterhaft ausnützte, wenn das auch von ihm bei der rasch voranschreitenden Krankheit viel Mut, Selbstbeherrschung und einen tiefsitzenden mystischen Glauben an seine Berufung erforderte.

Als Vollblut-Politiker war Mitterand ein gefürchteter Taktiker und messerscharfer Dialektiker; ein geborener Schauspieler mit einem äusserst foto- und videogenen, asketisch und beherrscht wirkenden Gesicht. Mit halbgeschlossenen und plötzlich Funken sprühenden Augen verstand er es ausgezeichnet, das heute für jeden Politiker und Staatsmann entscheidende Medium des Fernsehens ganz zu seinem Vorteil auszunützen. Gleichzeitig konnte er sich als der gemütliche, volkstümliche, dem französischen Durchschnittsbürger, dem "petit bourgeois" der Provinz entsprechende und, frei von jedem Ehrgeiz, nur um das "Wohl des Volkes", besonders der Armen und der ungerecht Behandelten, besorgte Landesvater aufspielen. Wie bei den von seinem Super-Werbespezialisten Jack Lang organisierten Trauerfeierlichkeiten auf dem Platz der Bastille in Paris besonders von den 15 bis 25 Jährigen, aber auch von vielen älteren Franzosen gesagt wurde, repräsentierte er eigentlich Jedermann im Lande: Jeder finde Züge von sich selber bei ihm; alle Teile des Landes, die er viel und gerne besuchte, vermochten sich mit ihm zu identifizieren.

Seine äusserst bewegliche Intelligenz und seine doch überdurchschnittlich profunde Belesenheit fanden sich mit Leichtigkeit in allen Situationen und noch so komplexen Fragen zurecht. Im Verkehr mit anderen Menschen legte er gerne die für einen

„Advokaten“ typische Zurückhaltung an den Tag, obwohl er eigentlich diesen Beruf nicht gerne und relativ wenig ausgeübt hat. Dafür machte er häufig, besonders auch den Damen gegenüber, von einem bewusst etwas altmodisch, provinzierisch und schüchtern gehaltenen, geheimnisvoll wirkenden, manchmal von einem trockenen, fast ironischen Humor, oft sogar auch von einem „brutal-eleganten Zynismus“ durchsetzten Charme Gebrauch. Er verstand es meisterhaft (zu Recht oder leider sehr oft auch zu Unrecht, wobei die Liste der von ihm Enttäuschten sehr lang ist) das Vertrauen der Anderen, vom einfachsten Menschen bis hinauf zu den wichtigsten Entscheidungsträger, zu gewinnen.

### **Identifikation mit de Gaulles Ideen**

Das Erstaunlichste an Mitterrand ist, wie er sich die Zielsetzungen de Gaulles zu eigen machte und sie weiter entwickelt hat. Es wird behauptet, dass er besonders während seiner ersten Amtszeit, die Memoiren de Gaulles auf seinen Nachttisch hatte und sich nicht nur von dessen Ideen sondern auch von der Art, wie de Gaulle die Situationen und Menschen beurteilte, aber auch von dessen Gehabe und Mimik beeinflussen liess. Das schliesst natürlich keineswegs aus, dass er sich 1958 vehement nicht nur gegen die Rückkehr de Gaulles als Präsident wehrte, sondern dessen Verfassungsentwurf einer Präsidialrepublik auf das bitterste bekämpfte. Als Präsident hat er dann während seiner 14 jährigen Amtszeit diese Verfassung nicht nur fest verankert, sondern weiter in Richtung noch grösserer Macht des Präsidenten, mit fast monarchischen Zügen, ganz wie es de Gaulle insgeheim vorgeschwebt haben muss, ausgebaut.

### **Regionalisierung - Demokratisierung**

Natürlich war es Mitterrand, der 1969 den Versuch de Gaulles

einer Regionalisierung bzw. Dezentralisierung der Staatsgewalt und einer Reform des Senats erfolgreich bekämpft und damit de Gaulle zum Rücktritt getrieben hatte. In seiner Amtszeit sind beide Reformen, und zwar viel weitergehend als sich das de Gaulle vorgestellt hatte, verwirklicht worden, sodass heute von einem zunehmend föderalistischen Aufbau Frankreichs gesprochen werden kann. Damit haben auch die Munizipalwahlen in Frankreich, genau so wie die zunehmend häufigere Verwendung von Volksbefragungen an Bedeutung gewonnen. Auch die von Mitterrand ziemlich „weich“ und konziliant geführte „Kohabitation“ mit einer Rechtsregierung unter Chirac im ersten und unter Balladur am Ende des zweiten Septenats zeigt deutlich, wie sehr unter seinem Einfluss auch in Frankreich ein demokratisches Zusammenleben der einander opponierenden Parteien möglich geworden ist.

Schliesslich war es ebenfalls Mitterrand, der entschieden hatte, den Vertrag von Maastricht einer Volksbefragung zu unterstellen und der die dafür erforderlichen Verfassungsänderungen vorgenommen hat. Alles Dinge, von denen de Gaulle überzeugt war, aber die er wegen der politischen Lage im Lande nicht an die Hand zu nehmen wagte.

### **Armee und Aussenpolitik**

Eine moderne Armee und eine der Abschreckung dienende Nuklearwaffe waren grundlegende Zielsetzungen de Gaulles, deren Verwirklichung die Sozialisten immer bekämpft hatten. Unter Mitterrand ist beides weit über die Träume de Gaulles hinaus verwirklicht worden: Mitterrand war ebenso stolz, wie de Gaulle, auf die Armee und deren Einsatz im Ausland. Ueberhaupt war seine Aussenpolitik stets darauf ausgerichtet, Frankreich zu einem der drei oder vier Grossen auf der Welt zu machen. Ganz im Sinne de Gaulles, dem es gelungen war, aus dem im letzten Weltkrieg besiegten und besetzten Land eine der

Siegermächte zu machen. Die Zurückhaltung Deutschlands und das von ihm bei der Wiedervereinigung, zwar gar nicht leichten Herzens, gezeigte Entgegenkommen, erlaubten Mitterand als Gegenleistung die de Gaulle'sche Idee von Frankreich als die entscheidende Macht in Europa, wenigstens dem Schein nach, durchzusetzen.

## **Europa**

An sich steht die Europapolitik Mitterands mit dem Europa der Vaterländer von de Gaulle in einem diametralen Gegen-satz. Allerdings stellt sich die Frage, ob sich Mitterand als gewiegt-ter Polit-Strategie nur deshalb um eine rasche Rea-lisierung einer starken EU, der Währungsunion, einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik bemüht hat, um sich so als der eigentliche Baumeister Europas zu etablieren und aus dieser Stellung heraus letztlich die Interessen Frankreichs auch inner-halb der Europäischen Union besser wahrnehmen zu können (man denke nur an die Landwirtschaftsfragen in den letzten Gattverhandlun-gen, bei denen schliesslich die EU unter fran-zösischem Druck den Amerikanern gegenüber die Forderungen der französischen Bauern verteidigt hatte). Dabei war ihm vor allem daran gelegen, die wirtschaftliche Stärke und damit das effektive Uebergewicht Deutschlands in der EU durch diese ganz allein von ihm usurpierte und schliesslich von allen anderen akzeptierte Rolle des "Monsieur Europe" soweit als möglich zu neutralisieren. Dabei musste er aber ganz genau wissen, dass auch sein "Freund Kohl", wie er ihn zu nennen pflegte, auf jeden Fall aber die Mehrheit der politischen Klasse in Deutschland, ihn nur gewähren liessen, um dank den Franzosen im Europa der Nachkriegszeit ge-wissermassen wieder „salonfähig“ zu werden. Sicher war ihm auch bewusst, dass je weiter der letzte Krieg in der Erinnerung verschwand, die Deutschen diese Schützenhilfe Frankreichs immer weniger brauchen werden .

Deshalb wollte er, gleich wie de Gaulle, das Gleichgewicht innerhalb der EU nicht mehr allein nur mit der so lautstark propagierten deutsch-französischen Zusammenarbeit sicherstellen, sondern suchte diese Garantien in einer Erweiterung der EU und einem zusätzlichen Netz guter Beziehungen Frankreichs zur übrigen Welt .

Wie gut es Mitterrand gelungen ist, sich und damit sein Land, als der loyale und zuverlässige Vermittler in allen Konflikten unserer Zeit zu profilieren, ja sich dazu aufzuwerten, konnte jedermann an der Begräbnisfeier in der Notre Dame in Paris feststellen. Paris ist von Mitterrand wirklich zu einem Treffpunkt der Welt, zu einem Zentrum der friedlichen Beilegung von internationalen Konflikten aufgewertet worden. Jedenfalls hätte das de Gaulle nicht mit der gleichen Eleganz zustande gebracht. Dazu brauchte es eben einen Vollblutpolitiker, einen gewiegteten Unterhändler, Kombiniierer und Kenner aller Winkelzüge internationaler Beziehungen. Einen Mann, der in sich geistig und intellektuell so gefestigt war, dass ihn nichts, und unbekümmert von den dazu benützten und oft sehr fragwürdigen Mittel, von den, der Erhaltung des Friedens dienenden Zielsetzungen abzubringen vermochte.

### **Der Erbe de Gaulles**

De Gaulle verkörperte den Widerstandswillen einer Nation und den Glauben an die Zukunft eines aus einander gleichberechtigten souveränen Staaten bestehenden Europas.

Mitterrand hingegen verkörpert ein Volk, den Geist des modernen Franzosen mit all seinen Stärken und Schwächen, der in einem starken, friedlichen und möglichst prosperierenden Europa im guten Einvernehmen mit möglichst allen übrigen Ländern auf

dieser Welt leben möchte. Der bereit ist, dafür einen gewissen Beitrag zu leisten und gewisse Konzessionen zu machen. Sicher aber nicht bereit ist, dafür seine Unabhängigkeit und vor allem seine Eigenart und seine "kleinen Gewohnheiten" aufzugeben: Demokratie ja, aber mit Mass; politische Ideale ja, aber nicht im Extrem; dafür viel Prosperität oder zumindestens genügend soziale Sicherheit auch wenn dafür der „Staat“ in erster Linie zu zahlen hat. Aber neben dem Geld gibt es für den modernen Franzosen noch viele andere Dinge im menschlichen, geistigen, seelischen und kulturellen Bereich, die ebenso wichtig sind. So wie das von Mitterrand mit all den hellen und dunklen Seiten vorgelebt wurde und irgendwie mit einer eisernen Entschlossenheit für sich selber, seine Familien, und das Land, unbekümmert um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen - zu verwirklichen versucht wurde. Für viele Historiker die ideale Ergänzung zu de Gaulle: Beide waren nötig und prägen die jetzt auslaufende Nachkriegperiode in einer, hoffentlich auch für die Zukunft positiven Weise.

Orig.Text 18.Jan.96, publ.Schweizerzeit 9.Febr.96



### III.

## **Die Gefahren der “Globalisierung” nach Davoser Art**

Von der Globalisierung der Weltwirtschaft war am diesjährigen Forum in Davos viel die Rede. Auf der Anklagebank als rückständig und nicht genügend weltoffen sass diesmal nicht nur die Schweiz, sondern, mit ihr zusammen, das ganze übrige Westeuropa.

Der alte Kontinent wurde weltweit als nicht mehr konkurrenzfähig bezeichnet; mit seinem übertriebenen, in veralteten Grundsätzen erstarrten sozialen Fürsorgesystem, Millionen von Arbeitslosen, mangelnder Anpassungsfähigkeit besonders auch auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung in den modernen Spitzentechnologien, sei Westeuropa daran, seine führende Rolle in der Weltwirtschaft zu verlieren: Noch zu sehr national verhaftet, zu wenig flexibel, um den Konkurrenzkampf in einer rasch zusammenwachsenden und „offenen“ Weltwirtschaft bestehen zu können.

Den einfachen Mann von der Strasse erstaunt am meisten, wie selten erkannt wurde, dass hinter all den schönen und moralisch hochstehenden Worten, auch für den Nichtkenner leicht durchschaubar, ganz handfeste Interessen stehen:

1. Den neuen Industrieländern geht es doch im wesentlichen darum, ein Weltwirtschaftsforum wie Davos dazu zu benützen, um die immer noch reichlich auf dem Alten Kontinent vorhandenen Investitionsmittel anzuziehen: Entweder mit dem Lockvogel billiger und immer besser qualifizierter Arbeitskräfte oder dem Hinweis auf rasch wachsende Märkte, die in Zukunft dank einer in diesen Regionen hoch bleibenden („global“ gesehen ungesund hohen) Geburtsrate phänomenale Ausmasse erreichen

könnten.

2. Den grossen, transnational tätigen Unternehmen Europas, besonders auch der Schweiz, kommt der in Davos ausgelöste Rummel um ein mangelndes „Globalisierungs- Bewusstsein“ besonders gelegen. In „weltweiten Dimensionen denken“ bietet ihnen das ideale Alibi für die nunmehr massiv einsetzende Verlegung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in Niedriglohnländer und die leider damit einhergehende, zunehmend brutalere Rationalisierung bei sich zu Hause, wo hunderttausende von Arbeitsplätzen wegrationalisiert werden. Wie einer unserer Industriekapitäne am Fernsehen sagte, sei das eine Periode der Restrukturierung, die nicht leicht sein werde, die man aber überstehen müsse, wenn nicht eine ganze Reihe von Unternehmen in Konkurs gehen und damit noch mehr Arbeitslose geschaffen werden sollen.

3. Was weder die einen noch die anderen in Davos zu fragen wagten, ist, was mit den ins Ausland, besonders in den Fernen Osten, verlegten Unternehmen passiert: Was geschieht, wenn einmal die Milliarden-Investitionen getätigt sind, mit europäischem „Know-How“ und der für Westeuropa immer noch typischen Arbeitseinstellung ein lebensfähiger, weltweit tätiger Betrieb aufgebaut worden ist?

In vielen dieser Länder besteht das Risiko, dass gewissermassen über Nacht mit Gesetz oder Dekret, mit Schikanen vielfältigster Art, zusätzlichen Steuern, einer geänderten Bewilligungspraxis, mehr oder weniger begründeten Gerichtsverfahren, Währungsmanipulationen und tausend anderen Massnahmen der Einsatz an Arbeit und Geld zunichte gemacht wird. Zudem würde damit eine Konkurrenz grossgezogen, die das transnationale Unternehmen sogar bei sich zu Hause kaputt machen könnte. Die Kehrseite der so vielgerühmten Globalisierung ist eben eine Verflechtung und Unterwanderung, die nicht mehr

kontrolliert werden kann, es sei denn, die Idee Delors eines Welt- Wirtschafts- und Sozial-Sicherheitsrats, als oberstes Kontrollorgan, würde Gestalt annehmen.

4. Auf jeden Fall nicht zu akzeptieren ist, dass gerade diejenigen Länder, die Westeuropa eine noch allzustarke nationale „Verhaftung“ vorwerfen, selber noch viel nationalistischer vorgehen; gleichzeitig von der bereits bestehenden wirtschaftlichen Weltoffenheit Westeuropas, besonders auch eines traditionell seit jeher weltoffenen Landes, wie die Schweiz, rücksichtslos profitieren .

Kein Wunder, dass deshalb heute wieder viel kategorischer die Meinung (wie der französische Wirtschafts- und Sozial-minister Jacques Barrot in Davos) vertreten wird, die Globalisierung, die sicher viel zum Näherrücken von Völker und Länder beizutragen vermöchte, dürfe nicht dazu missbraucht werden, um Bewährtes zum Beispiel auf sozialem, moralischem und menschlichem Gebiet der alles wirtschaftliche Denken beherrschenden Konkurrenzfähigkeit zu opfern. Diejenigen, die uns in Westeuropa wegen unserem sozialen Wohlfahrtssystem eine national bedingte Rückständigkeit vorwerfen, täten vielleicht gut daran, gerade auf sozialem Gebiet zunächst einmal bei sich selber Ordnung zu machen. Damit könnte das bestehende Gefälle bei den Lohnkosten weltweit etwas besser ausgeglichen werden!

Es ist den Organisatoren des Davoser-Forums zugute zu halten, dass sie das Thema aufgegriffen haben. Wenn es ihnen im nächsten Jahr gelingt, Anpassungen auf beiden Seiten, bei den Fanatikern einer stets grösseren Konkurrenzfähigkeit um jeden Preis und den Verfechtern eines sozial gerechteren Wohlfahrtssystems, wenigstens spruchreif zu machen, dann wäre dies ein erster Schritt zu einer weltweit etwas sozialeren Marktwirtschaft: Denn ohne diese kann es keine offene

Weltwirtschaft geben!

Orig.Text 9.Febr. 96 publ. bz 22. Febr. 96

## **Der Balkan**

### **wie lange noch Spielball der Grossmächte?**

Drei Jahre lang wurde in Bosnien verhandelt und vermittelt. Dabei ging das Morden, Plündern und Vertreiben der wehrlosen Bevölkerung weiter. Einzig der UNO und wenigen internationalen Hilfsorganisationen gelang es, das schlimmste Elend zu lindern. Den Worten sollten jetzt Taten, durchgreifende Massnahmen, folgen. Bietet das unter dem Druck der USA in Dayton unterzeichnete Friedensabkommen die richtige Lösung oder fängt damit wieder das alte, von den Grossmächten seit Jahrhunderten auf dem Balkan betriebene Spiel von Neuem an?

### **Die Lösung von Dayton**

Nichts kann das Verhalten der heute für die Geschehnisse auf dem Balkan verantwortlichen Grossmächte besser charakterisieren als die Tatsache, dass drei Jahre lang zugewartet wurde, um endlich militärisch in Bosnien einzugreifen. Wenn auch der eingesetzten internationalen Streitmacht, der IFOR, zugute zu halten ist, dass sie mit beträchtlichen Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen hat, so ist trotzdem nicht einzusehen, warum sie nicht bereits energisch in Sarajewo oder Mostar eingegriffen hat. Anstatt die modernsten ausgerüsteten Truppen einzusetzen, ist der amerikanische Vermittler Holbroke, der sich bereits in Bosnien verabschiedet hatte, aufs neue mobilisiert worden: Natürlich nur zum Verhandeln und Vermitteln! Nach dem Rezept des Golfkriegs, man gewinnt den Krieg, setzt aber den Kriegsverursacher nicht ab. Schafft damit Zündstoff für einen neuen Konflikt.

### **Wie früher**

Ganz im Sinne der während Jahrhunderten von den Grossmächten auf dem Balkan betriebenen Politik mit der man sich

peinlichst davor hütete, die potentiellen Gegner, vor allem die anderen Grossmächte, zu antagonisieren.

Diesem Spiel verdankte es zum Beispiel im 19. Jahrhundert das Ottomanische Imperium, der "kranke Mann am Bosphorus" noch während Jahrzehnten zu überleben und kleinere Balkanvölker, zu denen auch Bosnien gehörte, weiterhin blutig zu knechten. Die Engländer schützten damals die Türken, weil sie die Russen nicht am Bosphorus haben wollten. Den Deutschen unter Bismarck waren die "Balkanesen", wie er sie nannte, ohnehin nicht einen Schuss wert und das Oesterreichisch-Ungarische Kaiserreich wollte seine Besitzungen auf dem Balkan nicht unnötig gefährden.

Die Grossen griffen jeweils nur ein, wenn ihre eigenen Interessen auf dem Spiel waren; es ging ihnen aber primär niemals um den Schutz der einzelnen Balkanvölker. Genau so wenig, wie später nach dem ersten und zweiten Weltkrieg, die Grossmächte bei den, bereits damals unter amerikanischer Regie durchgeführten Grenzziehungen, irgendwelches Verständnis für die tatsächlichen Verhältnisse in sprachlicher, ethnischer und religiöser Beziehung zeigten. Damit haben die Amerikaner nicht nur das mitverschuldet, was heute zum Konflikt in Bosnien und im ehemaligen Jugoslawien, wie auch im übrigen Balkan beigetragen hat, sondern sie sind im Begriff wieder die alten Fehler zu begehen: Ja keinen der Kontrahenten vor Ort, aber auch die übrigen Grossmächte, insbesondere Russland, vor den Kopf stossen.

Den Unterzeichnern des Dayton-Abkommens wird damit nochmals freie Hand gelassen, ihr bisheriges Spiel fortzuführen. Als ob es Clinton nur darum ging, sich im Hinblick auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen als der starke Mann der Aussenpolitik zu profilieren, die Nato unter seiner Leitung etwas aufzupolieren und die EU wieder besser an die USA anzubinden.

Den massgebenden Staaten der EU bietet die Aktion Clintons die günstige Gelegenheit, das bisher angeschlagene Prestige

in der Bosnienfrage einigermaßen, so hofft das wenigstens Chirac, aufzufrischen und mit den Deutschen zusammen den Teil des Maastrichtabkommens in den Vordergrund zu rücken, der mit der gemeinsamen Sicherheitspolitik nach aussen zu tun hat.

Den Russen kann das Chaos in Bosnien nur Recht sein, weil sie damit dem Westen gegenüber weiterhin die Rolle des wohlwollenden Vermittlers und, den Serben gegenüber, den grossen slawischen (neukommunistischen) Bruder spielen können.

Für den weltweit militärisch aktiven Islam ist Bosnien der ideale Brückenkopf des für das nächste Jahrhundert geplanten "come-backs"!

Was dabei in Bosnien mit der armen Zivilbevölkerung passiert, dürfte von zweitrangiger Bedeutung sein.

### **Die letzte Chance**

Im Vergleich zu dem unmöglichen Mandat der UNO-Blauhelme hat die jetzt in Bosnien stationierte Streitmacht wenigstens den Vorteil, dass sie unter dem selbständigen Kommando der Nato steht und im Einverständnis der am Konflikt beteiligten Parteien mit der Aufgabe betraut wurde, die Voraussetzungen für eine Friedensordnung zu schaffen. Bei der Wiederaufnahme seiner Vermittlerrolle erklärte Holbroke, dass daran nichts geändert werde. Die in der Nato und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) massgebenden Staaten hätten es somit jetzt in der Hand, eine Reihe energischer Massnahmen zu treffen, ohne die es keinen Frieden in Bosnien geben kann und so die letzte Chance verpasst werden dürfte. Stichwortartig könnte es sich um folgende dringliche Massnahmen handeln:

1. Eine vollständig undurchlässige Abriegelung von Bosnien

innerhalb der jetzt festgelegten Grenzen gegenüber allen Nachbarn: Kroatien, Slowenien, Serbien, Montenegro. Also einschliesslich der kroatischen, bosnoserbischen und islamischen Bevölkerungsteile.

2. Vollständige Entwaffnung aller offiziellen Truppen, Polizisten sowie der verschiedenartigen anderen Miliz- und Kampfgruppen der einzelnen Bevölkerungsteile. An ihre Stelle hätte eine einheitliche internationale Polizeitruppe (ähnlich wie es die Amerikaner in Haiti getan haben) zu treten, die für Ruhe und Ordnung, insbesondere für den Schutz der Zivilbevölkerung, zu sorgen hätte und die dem IFOR-Kommando zu unterstellen wäre.

3. Ein wirtschaftliches Soforthilfe-Programm, um die schlimmste Not zu lindern und die Grundlagen für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes zu schaffen.

4. Erst wenn die Phasen 1-3 einigermaßen operativ geworden sind, könnte die Regelung der ethnisch/religiösen Probleme gleichzeitig mit der entsprechenden Grenzziehung an die Hand genommen werden. Alle heute faktisch vorhandenen oder in Dayton beschlossenen noch so ausgeklügelten Grenzziehungen sind wertlos, solange nicht eine einigermaßen und für alle Beteiligten akzeptable Entflechtung der verschiedenen ethnisch-religiösen Bevölkerungsgruppen stattgefunden hat.

Diese Entflechtung kann nur auf Grund einer Abstimmung in Angriff genommen werden, bei welcher jeder Einwohner frei und ungefährdet sagen kann, zu welchem Volksteil, welcher religiösen und welcher Sprachgruppe er sich zählt und wo er wohnen möchte. Eine sehr schwierige Aufgabe, die nur lösbar ist, wenn alle Waffengewalt, jede Einschüchterung von der IFOR verhindert wird und die OSZE eine neutrale Abstimmung garantiert.



5. Natürlich wird diese Abstimmung ein ausserordentlich gemischtes und bevölkerungsmässig äusserst bunt zusammengewürfeltes Bild ergeben. Trotzdem sollte es möglich sein, die drei grossen Bevölkerungs-Brocken, wie die Bosniaken, Bosnosern und Bosnokroaten in ihren wesentlichen territorialen Konturen festzulegen, gestützt darauf die Grenzen zu ziehen. Diese so definierten Landesteile als möglichst autonome Gebiete in einem gemeinsamen Staat Bosnien zusammenzufassen: Das muss nicht unbedingt ein Bundesstaat, sollte aber mehr sein als nur ein lockerer Staatenbund.

6. Ein derart bevölkerungsmässig vermischtes, aus hunderten von Enklaven und komplizierten, kaum mehr überblickbaren Grenzen zwischen den einzelnen Volksteilen bestehendes Land kann den Frieden zwischen seinen Einwohnern sicherstellen, wenn nicht nur der Schutz der Minderheiten, sondern die vollständige Gleichberechtigung (insbesondere auch bei der Ausübung des aktiven und passiven Stimmrechts) verfassungsmässige gewährleistet und von den Grossmächten, bzw. einer internationalen Organisation, wie die OSZE, der Europarat, die UNO oder gar die Nato, garantiert wird. Gleichzeitig wäre im Rahmen der Menschen-rechtskonvention oder irgend eines anderen internationalen Instruments eine individuelle Klagemöglichkeit bei einem bestehenden oder neu zu schaffenden internationalen Gericht sicherzustellen.

### **Utopie oder Realität**

Die vorstehend, vorläufig skizzierte Lösung muss nicht nur eine Utopie sein. Sie kann, wenn die Grossmächte den politischen Willen haben, eine Realität werden. Eine Realität, die für die grosse, schneller als wir glauben dringend notwendig werdende Lösung für den ganzen Balkan als Beispiel, gewissermassen als Pilotprojekt zu dienen vermöchte.

Keine Lösung in einem der Balkanländer kann von Bestand sein, wenn nicht auf dem ganzen Balkan einigermaßen stabile militärische, politische und wirtschaftliche Verhältnisse sichergestellt und die Balkanstaaten, hoffentlich in absehbarer Zeit, zu einem gemeinschaftlichen Ordnung-Machen und Ordnung-Halten veranlasst werden können. Von aussen ist dies auf die Dauer ohnehin nicht möglich, weil es darum geht, zunächst einmal von innen bzw. von den einzelnen Völker-, Sprach- und Religions-Gruppen heraus ein minimales ethnisch/religiöses Gleichgewicht für den ganzen Sub-kontinent zu finden.

### **Schlussfolgerung**

Einmal mehr geht es bei der Regelung des Bosnien-Konflikts nicht einfach nur darum etwas zu tun, um das internationale Gewissen zu beruhigen oder sich in der Weltöffentlichkeit positiv zu profilieren: Auch wenn dabei für einen effektiven Frieden nicht viel herauschaut, Milliardenbeträge und tausende von Soldaten, internationale Funktionäre und hilfsbereite Menschen aus der ganzen Welt eingesetzt werden. Noch so ausgeklügelte Grenzziehungen und die Besetzung des Landes durch eine internationale Streitmacht genügen nicht. Besonders wenn diese Streitmacht nicht bereit zu sein scheint, energisch einzugreifen, sich stattdessen in ein endloses Hin und Her von Verhandlungen einlässt, bei denen der Westen, rein von der Mentalität her, den Serben, Bosniaken und Kroaten ohnehin gar nicht gewachsen ist. Auch das Zückerchen baldiger massiver wirtschaftlicher Hilfe und freier, demokratischer Wahlen wird zwar sicher schamlos ausgenützt werden, vermag aber nur dann stabile Verhältnisse zu schaffen, wenn die Grossmächte wirklich Ruhe und Ordnung im ganzen Land und freie Wahlen zu garantieren vermögen. Dazu ist aber die jetzt eingesetzte Streitmacht viel zu klein! Kenner schätzten diese übrigens, angesichts der Menschen und des Terrains, weit auf über hunderttausend Mann ein, natürlich

bestens ausgerüstet und kampfwillig, versteht sich!

Wenn die Grossmächte glauben, mit den jetzt eingesetzten Mittel Ruhe in Bosnien zu schaffen und den Frieden auf dem Balkan zu erhalten, dann wird damit nur die seit dem Berliner-Kongress 1878 angewandte Taktik fortgesetzt, kann deshalb aufs neue nur in einer Sackgasse enden: Eine Sackgasse, die schon seit Jahrhunderten für das Schlamassel auf dem Balkan verantwortlich ist.

Orig.Text vom 12. Febr. 96, publ. Schweizerzeit 1.März 96

## **Wie sehr gefährdet Novartis den Standort Schweiz? \_\_ Wirtschaftlich und Sozial**

Vielleicht wäre es ehrlicher gewesen, zu sagen, mit der Megafusion Novartis werde in erster Linie eine Eroberung der Märkte und nicht eine Aufwertung des Wirtschaftsstandorts Schweiz bezweckt. Beides gehört nämlich nicht unbedingt zueinander:

Eine Beherrschung der Märkte setzt einen erbitterten Kampf um den ersten Platz voraus. Auf diesem Niveau kann man sich nicht mit noch so grossen Marktanteilen begnügen: Entweder man gewinnt diesen Kampf, wenn möglich allein, oder man muss sich mit dem oder den Grössten im Ausland zusammentun. Durch den gemeinsamen Einstieg Ciba-Geigy und Sandoz in den Kampf zur Beherrschung der Weltmärkte ist somit zwangsläufig eine weitere, noch grössere Megafusion im Ausland vorprogrammiert. Die Gefahr, dass es dabei so geht, wie kurz nach dem letzten Weltkrieg mit Nestlé oder neuerdings mit ABB, ist gross, auch wenn die neuen Supermanager sicher das Kaliber haben, das Steuer in ihrer Richtung halten. Auf jeden Fall wäre Daniel Vasella mehr Glück als dem kürzlich von den Schweden ausgetretenen David de Pury zu wünschen.

Aber auch wenn Novartis die Wette gelingt, in Leitung und Konzernsitz schweizerisch zu bleiben, wächst sie doch weit über die Grenzen unseres Landes hinaus. Je grösser und stärker, desto geringer wird die Verbindung und die Identifikation zum Wirtschaftsstandort Schweiz.

Das ist ein unwandelbares Gesetz weltweiter Grösse. Zum Ueberleben und zum an der Spitze bleiben wird sich Novartis auch politisch mit den massgebenden Staaten und Staatengruppen, den entscheidenden Kräften unserer extrem globalisierten Welt,

zu identifizieren haben: Die direkten Interessen in und an der Schweiz werden unweigerlich weit in die Minderheit absinken. Darunter wird der Wirtschaftsstandort Schweiz, nicht zuletzt aber auch Basel und Umgebung sowie weite Teile der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes unseres Landes leiden: Nicht sofort, aber rascher als man glaubt!

Auf dem Weg zur Beherrschung der Weltmärkte wird Novartis - als ein vollausgewachsenes Transnationales Unternehmen - in einem noch viel grösseren Ausmass als dies bisher von der Ciba und insbesondere von Sandoz getan wurde, weiter rationalisieren und die Forschung bzw. die Bereitstellung ganz neuartiger Produkte vorantreiben müssen. Das heisst ein noch radikalerer Abbau aller die Konkurrenzfähigkeit belastender Sozialkosten, damit auch Ersatz menschlicher Arbeitskräfte durch eine noch extremere Automatisierung und Informatisierung der Produktions- und Vermarktungsabläufe. In der Forschung werden die durch die Fusion zusammengetragenen Milliarden von Franken weniger zur Eigenforschung benützt werden, sondern in einem rasch wachsenden Ausmass zum weltweiten Abrahmen und Aufkaufen innovativ tätiger Unternehmen, bei denen es sich durchaus auch um grössere Firmen und Gruppen von Firmen handeln kann. Wichtig sind deren innovative Forschungsergebnisse, der Rest wird wegrationalisiert.

Weltweit zeigt sich, dass es letztlich billiger und weniger risikobelastet ist, solche Ergebnisse zu kaufen bzw. mit Firmenübernahmen zu erwerben als selber zu entwickeln.

Eine solche Politik kann rasch zum „Boomerang“ werden: Je weniger man selber forscht und entwickelt, desto anfälliger wird man gegenüber den Unternehmen und Ländern, die das noch tun, also noch selber über das dazu notwendige Forschungspotential an Menschen, Wissen und Können, Einrichtungen und Ausbildungsstätten verfügen. Hier die kriti-

sche Grenze zu finden, die nicht unterschritten werden darf, wird wohl die schwierigste Aufgabe der Novartis-Manager sein.

Dabei ist gar nicht gesagt, dass die schlussendlich von ihnen gewählte unterste Grenze des Forschungspotentials in der Schweiz wirklich auch für das wirtschaftliche Ueberleben unseres Landes genügt. Es ist leider sehr zu befürchten, diese Grenze werde sich proportional zur zunehmenden weltweiten Bedeutung von Novartis zum Nachteil der Schweiz nach unten verschieben!

Schliesslich ist die Frage zu stellen, ob langfristig gesehen nicht der Denkfehler begangen wurde, einfach darüber hinwegzugehen, dass sich Unternehmen eines kleinen Landes, wie die Schweiz, gleich wie in der Politik, vom Kampf der ganz Grossen fernhalten und in weiser Selbstbeschränkung auf das konzentrieren sollten, was wirtschaftlich bisher ihre Stärke war: Besonders qualifizierte, massgeschneiderte und den Bedürfnissen des Abnehmers spezifisch angepasste Produkte und Dienstleistungen, bei denen es immer noch auf die Ingredienz hochstehender und zuverlässiger menschlicher Arbeit ankommt.

Das heisst weniger Automatisierung und Informatisierung, dafür mehr im einzelnen Produkt und Dienstleistung enthaltene menschliche Innovation und Sorgfalt. Anstatt Massen-güter Spezialanfertigungen. Dadurch könnte wieder mehr Menschen eine sinnvolle Arbeit garantiert werden: Bei welcher Sozial- und andere Kosten weniger ins Gewicht fallen und deshalb ruhig die heute von den Verhältnissen auf unserer Welt notwendig gemachte Höhe erreichen dürfen.

Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass es bei der Megafusion von Ciba und Sandoz in erster Linie um den Aufbau

eines neuen "Wirtschafts - Imperiums" geht, als ob es deren nicht schon genug gäbe. Zudem als eine Art "Abschiedsgeschenk" oder "Denkzettel" von Sandoz-Chef Marc Moret an Basel für die ihm anlässlich des grossen Umweltverschmutzungs- Unfalls bei Sandoz von der Bevölkerung zuteil gewordenen Behandlung . Auf jeden Fall ist diese Sucht nach immer grösseren Unternehmens - Imperien etwas, das gar nicht zu unserem Land passt und das sich auf die Dauer nur zum Nachteil des Wirtschaftsstandorts Schweiz auswirken kann!

Orig.Text vom 3.März 96, publ. bz 12.Apr.96

## VI.

### **Milizarmee nötiger denn je Beste Abwehr gegen neue Gefahren**

In einer unruhigen Welt, die von einer Terrorwelle nach der anderen heimgesucht wird, kann die aussere, vor allem die innere Sicherheit eines Landes nur durch die ständige Wachsamkeit und Bereitschaft aller Bürger gewährleistet werden: gewissermassen durch ein „Volk in Waffen“, also eigentlich nichts anderes als das, über was die Schweiz seit Jahrhunderten verfügt: eine auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaute Miliz-Armee.

#### **Neuartige Gefahren**

Wiederholt wurde während der grossen Terrorwelle des letzten Jahres in Frankreich von behördlicher Seite gesagt, man könne nicht neben jeden öffentlichen Abfallkübel (in welche die Terroristen mit Vorliebe ihre Bomben legten) einen Polizisten stellen. Genau so wenig könnten alle gefährdeten Punkte, sei es die Landesgrenzen, Flugplätze, Untergrund- und Eisenbahnen, Bahnhöfe, öffentliche Plätze und Gebäude, Autobahnen, Strassen, Parkanlagen usw. usf. rund um die Uhr bewacht werden. Dazu habe es (sogar in Frankreich) nicht genügend Polizisten. Deshalb musste mit dem System „Vigie-Pirate“, wie neuerdings auch in England, Deutschland und in anderen Ländern, die Polizei durch die Armee verstärkt werden.

Die moderne, weltumspannende technologisch und wissenschaftlich hochentwickelte, äusserst informatisierte Kriegsführung macht in zunehmendem Ausmass Personal mit qualifizierten Spezialkenntnissen notwendig; dafür weniger Soldaten für den direkten Kampf von Mensch zu Mensch mit allem, was dies beinhaltet: Von der psychischen und physischen Kondition bis zur Bereitschaft zum letzten Einsatz. Natürlich verfügen alle Armeen



über solche Eliteeinheiten. Nur gibt es davon immer weniger, weil die budgetmässig verfügbaren Mannschaftsbestände zum grössten Teil zur Be-dienung der äusserst komplexen Waffen für den Krieg des nächsten Jahrhunderts benötigt werden.

### **Vorteile des Miliz-Systems**

Im letzten Krieg erhielten die schweizerischen Wehrmänner bei der Entlassung aus dem Aktivdienst 60 Stück scharfe Kriegsmunition mit der Weisung, bei einem Ueber-raschungsangriff gegen die fremden Truppen, vor allem Fallschirmspringer oder Vertreter der „fünften Kolonne“, zu schiessen, sich möglichst rasch zu kleinen Kampfeinheiten zu gruppieren. Das war damals möglich, weil jeder Soldat nach Abschluss der Rekrutenschule periodisch sein Pflicht-schiessen absolvieren musste, auf seine Gefechtsbereit-schaft geprüft und regelmässig zum Aktivdienst oder, nach Beendigung des Krieges, zu Wiederholungskursen aufgeboten wurde.

Leider ist dieses System in den letzten Jahren zunehmend verwässert worden. Angeblich weil die Gefahr direkter Kriegshandlungen gegen die Schweiz nicht mehr bestehe, der Aufwand zur Bereithaltung von genügend wehrpflichtigen Bürgern in gefechtsbereitem Zustand in keinem Ver-hältnis zu den damit verbundenen Kosten stehe und die verfügbaren Mittel in erster Linie für die Modernisierung der Armee des 21. Jahrhunderts nötig seien.

Zum Glück setzt sich wieder die Erkenntnis durch, dass zur Bekämpfung der relativ neuartigen Gefahr eines weltweiten Terrors das Miliz-System nach Schweizer Art besonders geeignet sein dürfte. Mit den früher regelmässig und jährlich durchgeführten Wiederholungskursen, hat das schweizerische System, gegenüber der von Chirac vorgesehenen Berufsarmee, den Vorteil, über eine grosse Anzahl von Bürger zu verfügen, die jederzeit einsatzbereit sind: Bei sich zu Hause über eine per-

sönliche, moderne Ausrüstung verfügen und, besonders die jüngeren Jahrgänge, auf dem neuesten Ausbildungsstand, gerade auch zur Bekämpfung jeder Art von Terror, gehalten werden können.

### **Invasion auf kaltem Wege**

Wie notwendig das ist, kann täglich überall festgestellt werden. Hüten wir uns davor, zu glauben, das was andernorts passiert, nicht auch bei uns eintreffen kann.

So wäre es zum Beispiel bei den heutigen Verhältnissen durchaus denkbar, wenn eine weltweit tätige Terroristen-gruppe, oder das organisierte internationale Verbrechen oder sogar einzelne Staaten unter dem Deckmantel privater Firmen oder irgendwelcher Organisationen versuchen würden, durch Drohungen mit chemischen oder nuklearen Waffen oder mittels der Geiselnahme einzelner Personen, einzelner Dörfer, Stadtteile, Regionen, insbesondere auch Schulen und Spitäler die öffentlichen Ordnungshüter und Behörden eines Landes zu blockieren: Durch vorherige Infiltration subversiver Elemente und Mobilisation unzufriedener Randgruppen von Einheimischen und Ausländern, die auch auch in der Schweiz immer zahlreicher werden, das wirtschaftliche und politische Leben zu stören, Unruhe und Panik zu stiften und so die innere Sicherheit des Landes ernsthaft zu gefährden.

So absurd das klingen mag, mancher französische Polizeipräfekt könnte ein Lied davon singen, in wievielen Regionen und Stadtteilen der grossen französischen Agglomerationen die Polizei sich kaum mehr oder nur mit einem grossen Truppenaufmarsch hineinwagt. Wieviele der von ehrlichen Bürgern lancierten Demonstrationen in gefährliche Aufruhr und blutige Auseinandersetzungen ausarten; wie zahlreich die überall im Lande aufgedeckten Waffenlager sind, von denen die Spezialisten vermuten, es handle sich nur um die Spitze eines

Eisbergs.

## **Fazit**

Aehnliche Feststellungen werden in allen europäischen Ländern gemacht. Kein Wunder, dass trotz den Plänen einer ständigen Berufsarmee wiederum Systeme einer allgemeinen Wehrpflicht oder einer Art Bürgerwehr geprüft werden. Umsomehr verwundert, warum gerade in der Schweiz, natürlich unter dem Einfluss der üblichen Armeegegner und weltfremder „Pazifisten“, krampfhaft versucht wird, das ab-zuschaffen, was die anderen Staaten als dringend notwendig erachten und worum sie die Schweiz beneiden.

Ob es je zum hypermodernen „Krieg der Sterne“ kommt, ist zum Glück ungewiss; wird es hoffentlich noch möglichst lange bleiben. Sicher ist aber die zunehmende Gefahr subversiver und offener Terrorwellen. Dabei ist jeder Staat letzten Endes auf sich selber angewiesen. Mehr denn je braucht er deshalb ein, auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebautes Miliz-System. Dieses hätte - gerade auch in der Schweiz - den Vorteil, Zusammenhalt und Solidarität zwischen den Bürgern, den einzelnen Religionen, Sprachgruppen und Landesteilen, sowie den neu eingebürgerten Ausländern zu festigen. Den Jungen könnte wieder das Gefühl einer Verantwortung und Zugehörigkeit zu einem über ihre rein persönlichen und leider oft sehr materialistischen Interessen hinausgehendem „Ganzen“ geistiger und ideeller Werte gegeben werden. Zudem wäre ein moderner Militärdienst so zu gestalten, dass neben der soldatischen Ausbildung, jeder Dienstpflichtige interessante, auch für das Privatleben brauchbare professionelle Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben kann, was bei der drohenden Arbeitslosigkeit und der Besorgnis vieler Schweizer um ihre Zukunft nur von Vorteil sein kann.

Orig.Text 30.03.96 publ. Schweizerzeit 12.04.96  
mit Titel "Milizarmee - nötiger denn je"

## VII.

### **Nur eine Alibi-Uebung**

#### **Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU**

Wenn die bilateralen Verhandlungen der Schweiz mit der EU nicht nur eine Alibiübung sind, dann hätte der Bundesrat das offizielle Beitritts-gesuch aus dem Jahre 1992 jetzt zurückziehen sollen. Es dürfte dies die einzige Möglichkeit sein, eine klare politische Grundlage und damit die Chance für eine möglichst geeinte Front hinter den schweizerischen Unterhändlern in Brüssel zu schaffen. In diesem Stadium geht es nicht mehr nur um Lösungen in Sachfragen, sondern um die Glaubwürdigkeit der Standpunkte der beiden Verhandlungspartner.

#### **Glaubwürdigkeit aufwerten**

Die Glaubwürdigkeit des Bundesrats könnte mit dem Rück-zug des Beitritts-gesuchs sowohl nach innen als auch nach aussen aufgewertet werden:

Nach innen könnte dem Souverän, insbesondere den Beitrittsgegnern, gezeigt werden, dass es dem Bundesrat mit dem Suchen einer anderen Lösung, als der Beitritt, ernst ist; er bei einem Versagen der Verhandlungen nicht sagen werde, jetzt bleibe eben nichts anderes übrig als sich um den Beitritt zu bemühen.

Nach aussen, bzw. der EU gegenüber würde gezeigt werden, dass der Bundesrat nicht mit sich spielen lässt und dass seine Konzessionen in den bilateralen Verhandlungen wirklich an die Grenze des Annehmbaren gelangt sind. In Brüssel könnte nicht mehr, wie bisher, die Meinung vertreten werden, man müsse hart bleiben, auch wenn dabei die Verhandlungen missraten - unter Umständen sei dies der einzige Weg, die Schweizer beitriffsreif (so der Vizepräsident der EU-Kommission Martin

Bangemann) zu machen.

## **Neue Wege**

Der Rückzug des Beitrittsgesuchs würde die, besonders bei Verhandlungen mit mehreren Staaten, wichtige Glaubwürdigkeit der eingenommenen Standpunkte wieder wirksam werden lassen. Es kann nämlich sowohl der EU als Ganzes als auch den einzelnen Mitgliedstaaten nicht gleichgültig sein, mit der Schweiz in einem vertraglosen Zustand stecken zu bleiben. Im Zentrum von Europa ist unser Land für das Funktionieren der EU genau so wichtig, wie in bestimmten Fragen für einzelne Mitgliedstaaten: So kommt beim freien Personenverkehr, den Transportfragen, der Bekämpfung des internationalen Verbrechertums, subversiver Aktionen usw. usf. sehr oft der Zuverlässigkeit der Institutionen der Schweiz eine entscheidende Bedeutung zu.

Wie wäre es, wenn die Schweiz zum Beispiel auf dem Gebiet der existierenden, mit nahezu 30% Ausländern, äusserst liberalen Einwanderungspolitik die Grenzen sperren oder gar wegen der Behandlung durch die EU Retorsionsmassnahmen ergreifen würde? So wehrlos und unwichtig ist unser Land nämlich gerade im Verhältnis zu Mitgliedstaaten, wie Italien, Spanien oder unsere zwei grossen nördlichen Nachbarn Deutschland und Frankreich, dann auch nicht!

Auch der EU als Ganzes kann es nicht gleichgültig sein, wenn die bilateralen Verhandlungen erfolglos abgebrochen werden müssten, insbesondere dann wenn ihnen mit dem Rückzug des Beitrittsgesuchs klar gezeigt wurde, dass auf diesem Wege nichts zu holen ist.

## **EU - Mittel- und Osteuropa und Mittelmeer-Raum**

Die EU ist heute bekanntlich mit den schwierigsten Problemen gegenüber einer Reihe von Staaten konfrontiert: Staaten, mit denen zwar ein gegenseitiges Interesse besteht, entweder in bezug auf den grossen Binnenmarkt, oder auf bestimmten Gebieten, wie die wissenschaftliche, kulturelle und humanitäre Zusammenarbeit, in eine enge Verbindung zu treten, die aber, wie die Schweiz, nicht bereit sind Vollmitglieder zu werden oder bei denen, wie den Mittel- und Osteuropäischen Staaten, die EU nicht gewillt ist, sie als Vollmitglieder aufzunehmen, weil dadurch die bereits à 15 kaum mehr machbare Beschlussfassung (auch bei qualifizierten Mehrheitsbeschlüssen mit verschiedener Stimmen-gewichtung) noch mehr kompliziert, wenn nicht gar verunmöglicht würde. Bei den inzwischen in Turin eröffneten Verhandlungen betreffend Maastricht II ist diese Notwendigkeit allgemein anerkannt und den Unterhändlern ein entsprechender Auftrag erteilt worden.

Zur Zeit wird eine Lösung eher in Richtung des bereits vor Jahren durch den CDU-Vorsitzenden Schäuble vorgeschlagenen „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ gesucht: Ein starker, kleiner Kern bestehend aus den zwei führenden Ländern Deutschland und Frankreich, um den sich die anderen, jetzt vorhandenen Mitglieder, in einer je nach Sachgebiet variierenden Intensität gruppieren könnten. Das langfristige Ziel eines Ausbaus in Richtung einer Währungsunion, sowie einer gemeinsamen Aussen- und Verteidigungspolitik würde dabei das gleiche bleiben. Nur die Geschwindigkeit, mit welcher diese einzelnen Etappen erreicht werden, wäre individuell den Möglichkeiten der Mitgliedstaaten anzupassen.

### **Ideen Ballardurs**

Der frühere französische Premierminister Balladur, von dem

neuerdings als einem aussichtsreichen Kandidaten für den im Rahmen von Maastricht II neu zu schaffenden Posten eines ständigen Präsidenten des EU-Ministerrats die Rede ist, hat die Idee eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten weiter ausgebaut: Er sprach bereits während seiner Wahlkampagne von weitergehenden über den gegenwärtigen Mitgliederbestand der EU hinausgehenden Kreisen: Kreise, die sich je nach Sachgebiet überlappen oder sogar vollständig identisch sein können, bei denen aber für ein einzelnes Land oder Gruppen von Ländern die Möglichkeit geschaffen werden sollte, permanent oder vorübergehend in Ausstand zu treten. Natürlich führe die Befreiung von gewissen Pflichten auch zum Ausschluss von den entsprechenden Rechten. Je näher der Kreis beim Zentrum sei, desto weniger könne sich ein Land von einer ganzen Reihe grundlegender Pflichten dispensieren lassen; je weiter der Kreis vom Zentrum entfernt sei, um so leichter sei es, Sonderregelungen vorzusehen.

Das ist zwar noch nicht eine Auswahl „à la carte“, wie man sie sich zum Beispiel für die Schweiz wünschen möchte; sie würde aber, so Balladur, genügend Flexibilität bieten, um die EU auf die Mittel- und Osteuropäischen Staaten, aber auch gewisse Länder des Mittelmeerraums (siehe den am 7. April von Chirac vorgeschlagenen Euro-Mittelmeerstaaten Gipfel) auszudehnen. Europa kann es sich nicht leisten, in diesen Gebieten ein Vakuum entstehen zu lassen, das kaum einem Druck der von den Russen wieder in Gang gesetzten wirtschaftlichen Zusammenarbeit ehemaliger Sowjetrepubliken und gewisser Balkanstaaten oder dem Heranrollen eines neuerwachten islamischen Imperialismus, insbesondere im Mittleren Osten und in Nordafrika, zu widerstehen vermöchte. Sowohl Deutschland als auch Frankreich werden deshalb in Turin nichts unversucht lassen, um im Rahmen von Maastricht II eine Lösung zu finden, die ihnen erlauben würde, alle diese Länder an den grossen Binnenmarkt anzubinden ohne



sie zu Vollmitglieder machen zu müssen. In Anbetracht des äusserst empfindlichen Nationalstolzes dieser Länder werden aber, darüber sind sich alle massgebenden Kreise der EU einig, Mittel und Wege zu finden sein, um ein Mitspracherecht einzuräumen und Ausnahmeregelungen zu gewähren.

## **Freihandelszone oder EWR II?**

Die ideale Lösung für das vorstehend geschilderte Problem der EU dürfte eine Freihandelszone sein. Sie hat den Vorteil ohne eine gemeinsame Zollmauer um diese Staaten, somit auch mit viel weniger institutionellen Massnahmen, zu funktionieren. Gerade die jüngsten Erfahrungen im Zusammenhang mit den Importsperrern für britisches Fleisch zeigen, dass man auch innerhalb einer Zollunion nicht ohne Ursprungszeugnisse auskommen vermag. Diese haben bisher zumindest bei der Efta ihre Bewährung bestanden. Eine Freihandelszone (entweder eine neue oder ein Ausbau der Efta) dürfte somit die einfachste Lösung für das Anbinden der Mittel- und Osteuropäischen Staaten und einiger Mittelmeerländer an die EU sein. Im Sinne der von Balladur vorgesehenen Lösung einander überlappender Kreise könnte dies der äusserste Kreis sein.

Schon viel näher beim Zentrum würde sich der vor Jahren von Jacques Delors konzipierte Europäische Wirtschaftsraum (EWR), gewissermassen im System Balladur als zweit-äusserster Kreis, situieren. Neben vielen guten Seiten, hat der EWR einen grossen Nachteil, der schon zur Ablehnung durch das Schweizervolk geführt hat und der bei den noch viel empfindlicheren Mittel- und Osteuropäern auf grossen Widerstand stossen dürfte. Es ist dies die mangelnde Flexibilität, bei gewissen EU-Regelungen permanent oder vorübergehend in Ausstand treten zu können sowie ein praktisch nichtexistierendes Mitspracherecht in bezug auf die von der EU zu übernehmenden Rechtsvorschriften. Wenn hier ein gemeinsames Organ mit eigentlicher Entscheidungsbefugnis

betreffend die Uebernahme der EU-Rechtsvorschriften geschaffen worden wäre, dann hätten sich vielleicht die meisten Efta-Staaten nicht verpflichtet gefühlt, Mitglied der EU zu werden. Mit dem Resultat, dass der EWR, trotz seiner guten Grundidee, heute zu einer dahinsiechenden Organisation geworden ist; die ursprünglichen EU-Staaten in ihrer Beschlussfassung von den Neumitgliedern belastet werden; diese im Endeffekt ohnehin nicht viel zu sagen haben, dafür aber gehörig Geld in die gemeinsame Kasse stecken dürfen.

### **Wie geht es weiter?**

Angesichts der Notwendigkeit, rasch für die Mittel- und Osteuropäischen Staaten und den Mittelmeer-Raum eine brauchbare Lösung zu finden, scheinen neuerdings innerhalb der EU die Pragmatiker gegenüber den Dogmatikern die Oberhand zu gewinnen. Es wird von einer Revitalisierung des EWR im Rahmen eines revidierten Maastricht-Abkommens gesprochen. Auch von der Notwendigkeit, mehr Entgegenkommen zu zeigen als seinerzeit der Efta gegenüber. Das während der EWR-Verhandlungen vom schweizerischen Delegationschef Staatssekretär Franz Blankart vorgeschlagene „opting out“, bzw. das Recht permanent oder vorübergehend in Ausstand treten zu können, liegt heute ganz auf dieser Linie. Die Möglichkeit ist nicht ganz auszuschliessen, dass Maastricht II auch zu einem EWR II führen könnte, umsomehr als dieser Tage im französischen Parlament eine Verfassungsänderung vorgeschlagen wird, womit die Ausübung der Souveränität durch keinerlei föderalistische Massnahmen der EU gefährdet werden dürfe!

Ohne sich allzugrosse Illusionen zu machen, sollten in der Schweiz sowohl Befürworter als auch Gegner eines EU-Beitritts diese Auflockerung und die Eventualität eines EWR II im Auge behalten. Der Bundesrat wäre gut beraten, die Atmosphäre

durch einen umgehenden Rückzug des Beitrittsgesuchs aus dem Jahre 1992 zu klären. Allenfalls wäre dabei mit einem Referendum nachzuhelfen. Die Gegner eines EWR in seiner jetzigen Form sollten jetzt die Entwicklung der Dinge abwarten und etwas mehr Verständnis für die bilateralen Verhandlungen zeigen, um den Weg zu einem revidierten, auch für die Schweiz annehmbaren EWR zu ebnen. Die Herren in Brüssel sollten ihrerseits anerkennen, dass sie an einer aktiven Mitarbeit der Schweiz für eine Wiederbelebung der Efta und eines revidierten EWR vor allem zur Lösung ihrer Probleme in Mittel- und Osteuropa sowie im Mittelmeer ein eminentes Interesse haben!

Orig.Text von 8.Apr. 96, publ. Schweizerzeit 26.Apr. 96